

**Sonder-Newsletter
zu den
Haushaltsentscheidungen der rot-grünen Ratskoalition für 2006**

Nicht ohne Stolz können wir verkünden, dass die Koalitionsverhandlungen zum Haushalt 2006 aus grüner Sicht absolut zufrieden stellend verlaufen sind. Hier die Ergebnisse für Euch im Einzelnen und nach Fachbereichen / Fach-Agen aufgeschlüsselt, in der Reihenfolge unserer inhaltlichen Schwerpunkte.

Kinder und Jugend

Zur Vorbereitung der diesjährigen Haushaltsplanberatungen für den Fachbereich Kinder und Jugend hat die Fach AG Kinder und Jugend intensiv beraten und mit Blick auf das Kommunalwahljahr 2006 jugendpolitische Schwerpunkte gesetzt.

Diese Schwerpunkte sind nun durch gezielten Mitteleinsatz im Haushalt 2006 unterlegt:

- Vorgezogener Ausbau nach dem neuen Tagesbetreuungsausbaugesetz (TAG) für Kinder unter 3 Jahre:

Bereits in 2006 sollen 387 neue Plätze im Krabbelstuben- und Krippenbereich geschaffen werden, weitere 387 in den Jahren 2007 und 2008.

- Verbesserung der Schulkinderbetreuung nach dem TAG:

Der Ausbau der Schulkinderbetreuung ist mit einem Etat von ca. 1 Mio. € unterlegt worden, ein weiterer Erfolg für die Kinder und Eltern in unserer Stadt. Aus grüner Sicht problematisch ist in diesem Zusammenhang allerdings die von der SPD eingeforderte Verschiebung der Zuständigkeit aus dem Bereich Jugendhilfe in den der Schule. Hier wird vor einer inhaltlichen Auseinandersetzung über die Zukunft der Zusammenarbeit von Jugendhilfe und Schule ein formaler Pflock gesetzt - ein falsches Signal zum falschen Zeitpunkt aus grüner Sicht.

- Verbesserung der Situation der Elterninitiativen:

Zur Schaffung der ganzen neuen Kinderbetreuungsplätze wird die Stadtverwaltung auf die Mithilfe der freien Träger und ganz besonders der Elterninitiativen angewiesen sein. Deshalb lag es uns besonders am Herzen, den Dachverband Kinderladen-Initiative finanziell besser zu stellen für den gestiegenen Bedarf an Fachberatung, und in den Elterninitiativen vor Ort die Situation durch den Einsatz von Vertretungskräften spürbar zu verbessern.

- Aufbau von Familienzentren in Kindertageseinrichtungen:

An vier geeigneten Standorten in Stadtteilen mit schwieriger Sozialstruktur sollen in Kindertageseinrichtungen Familienzentren entstehen. Die vorhandene Infrastruktur im jeweiligen Stadtteil ist hierbei zu nutzen und durch entsprechende Angebote für Erziehungsberechtigte nach dem jeweiligen Bedarf weiterzuentwickeln. Für diese aus grüner Sicht zukunftsfähige Neuausrichtung von Kitas werden zunächst 200.000 € im Haushalt eingestellt.

- Projekt "Ausbildungspatenschaften":

In der Phase des Übergangs von der Schule in den Beruf müssen Jugendliche intensiv begleitet und in Systeme eingebunden werden, damit Ausbildungsabbrüche verhindert werden. Kleinere Betriebe brauchen Unterstützung im Ausbildungsprozess, deshalb sollen langfristige Ausbildungspatenschaften vermittelt und damit die hohe Zahl von Ausbildungsabbrüchen zu verhindert werden.

- Absicherung der Finanzierungen Violetta / Mädchenhaus

Die Infrastruktur der guten Angebote für Mädchen in Hannover muss aus grüner Sicht erhalten bleiben. Zudem haben wir eine Auftrag an die Stadtverwaltung gegeben, ein

Konzept für die Arbeit mit kindlichen und jugendlichen Sexual(straf)tätern zu erstellen, da Mädchen immer häufiger Opfer von gleichaltrigen werden.

... und last but not least das Thema Essengeld in Kitas, das auch zum Fachbereich Kinder und Jugend gehört:

Mit der Entscheidung der MV zur Abschaffung des Essengeldes konnten wir uns bei der SPD nicht durchsetzen. Der Kompromiss sieht nun die Einrichtung eines "Härtefallfonds" vor, für den 500.000 € in den Haushalt eingestellt wurden. Die Verwaltung ist beauftragt Kriterien für "Härtefälle" zu entwickeln.

Bildung und Kultur

Bildung umfasst für uns Grüne mehr als nur die klassische Schulbildung, hier ist aus grüner Sicht auch die Kommune gefragt, den Bildungsauftrag der Schule zu ergänzen, um Kinder und Jugendliche ausreichend für ein selbstbestimmtes Leben vorzubereiten und stabile Identitäten auszubilden.

Wir haben hierfür vier Schwerpunkte gebildet:

- **Kulturelle Kinder- und Jugendbildung** sowie Entwicklung von innovativen Lernformen – hierfür werden in einem Gesamtpf **100.000 €** zur Verfügung gestellt.
- **Demokratische Jugendbildung/Erinnerungskultur** – mit den in diesem Bereich eingestellten **20.000 €** soll die in der Region Hannover existierende Gedenkstättenarbeit vernetzt und so stärker für Bildungsarbeit und Kooperation mit Schulen zugänglich gemacht werden.
- **Hausaufgabenhilfe** – die Einstellung der Arbeit im vergangenen Jahr wegen Streichung der Landesförderung hat sehr ungünstige Auswirkungen, gerade für Kinder aus bildungsfernen Familien, die keine Unterstützung bei den Hausaufgaben erfahren. Hierfür werden daher wieder **120.000 €** zur Verfügung gestellt.
- **Gesunde Schulernährung** – aus den Projektmitteln in Höhe von 100.000 € sollen Schulen Zuschüsse erhalten können, die für eine gesunde Mittagsverpflegung besondere Aufwendungen haben. In Kooperation mit dem Netzwerk „Ernährung-Schule-Landwirtschaft“ sollen hierfür Kriterien und Programme entwickelt werden. Im Bereich Kultur gab es zusätzlich einige kleinere Zuwendungsbeschlüsse, die mit geringem Mitteleinsatz positive Wirkung entfalten können.
- **5.000 €** als Anschubfinanzierung für eine **Artothek**, in der die Kunstsammlungen von Region, Stadt und anderen Institutionen durch ein Leihsystem der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden sollen.
- **9.000 €** als Schuldendienstbeihilfe an die Deutsche Rockmusikstiftung, wodurch der **Übungsbunker** in der Friesenstraße mittels Schallschutzmassnahmen für Musikgruppen erhalten bleiben kann.
- **25.000 €** für das Projekt **Kreofant**, welches ein Modellprojekt zur ganzheitlichen und handlungsorientierten Sprachförderung mittels künstlerischer und kreativer Medien ist, in dem Kinder übergreifend von Kita bis Schule begleitet werden.
- **10.000 €** Erhöhung der Zuschüsse für das **Freiwilligenzentrum** mit seiner überaus wichtigen Arbeit zur Erschließung des Potentials an bürgerschaftlichem Engagement in Hannover.

Im Bereich Schule sollen außerdem 250.000 € für stadtteilorientierte Netzwerke für Bildung und Qualifizierung an Hauptschulen bereitgestellt werden.

Darüber hinaus erhöhen wir die Investitionsmittel für Schulsanierungen in 2006 um 4 Millionen Euro, damit dringende Maßnahmen nicht weiter aufgeschoben werden müssen. Und in diesem Zusammenhang nicht zu vergessen: Wir haben den Erhalt der Grundschule in der Steinbreite mit dem Auftrag für ein Ganztagskonzept beschlossen.

Soziales

Da wesentliche Aufgaben in der Arbeits- und Beschäftigungspolitik (SGB II) in 2005 in den Zuständigkeitsbereich der Arge in der Region Hannover übergegangen sind, haben wir als einen sozialpolitischen Schwerpunkt für den Haushalt die Neuordnung der kommunalen Beschäftigungsförderung in den Mittelpunkt gesetzt. Mit Blick auf die demografische Entwicklung der kommenden Jahre muss ein weiterer Schwerpunkt in einer tragfähigen und zukunftsorientierten kommunalen Alten- und Pflegepolitik liegen.

- Projektgruppe Kommunale Beschäftigungsförderung

Die in der Zuständigkeit der Stadt Hannover verbliebenen Möglichkeiten kommunaler Beschäftigungspolitik müssen neu ausgerichtet und auf die Instrumente der Arge abgestimmt werden, um sie effizient für bestimmte Zielgruppen/ Problemlagen einsetzen zu können. Deshalb wurde die Verwaltung beauftragt eine Projektgruppe einzurichten, die eine Neuordnung der kommunalen Beschäftigungsförderung in Hannover erarbeitet. Die verschiedenen Fördersysteme und Akteure müssen stärker strukturell verzahnt werden, mehr Transparenz innerhalb der verschiedenen beschäftigungspolitischen Instrumente muss mit gezieltem Blick auf bestimmte Zielgruppen hergestellt werden.

- Attraktivität von AB-Maßnahmen für freie Träger steigern

Zur Unterstützung von AB-Maßnahmen in Einrichtungen Freier Träger werden die Förderrichtlinien der Stadt für die Spitzenfinanzierung geändert. Träger sollen zukünftig Spitzenfinanzierungen für AB-Maßnahmen bis zu 45% beantragen können.

- Vernetzung und Kooperation der Alten- und Pflegezentren in Stadt und Region Hannover

Die Alten- und Pflegezentren stehen seit Jahren unter dem Druck der Privatisierung. Durch umfassende Maßnahmen hat der Bereich den Zuschussbedarf bereits verringert und die Effektivität einer wirtschaftlichen Betriebsführung ausgebaut. Diese positive Entwicklung unterstützen wir Grünen durch einen Antrag.

- Zusätzliche SeniorInnen-Büros

- Modellversuch „Förderung des Aufbaus nachbarschaftlicher Systeme in Statteilen mit schwieriger Sozialstruktur“

Gleichstellung

In Hannover ist über Jahre eine Struktur aufgebaut worden, die Mädchen und Frauen in bestimmten Lebenslagen unterstützt, ihnen Beratung und Hilfe gewährt. Die Frauenpolitik der Landesregierung setzt auf die klassische Rolle der Frau in der Familie und blendet andere Lebenslagen von Frauen zunehmend aus. Als Konsequenz dieser ideologisch besetzten Politik baut sie in Teilbereichen die Mittel für diese notwendige Arbeit sukzessive ab, eine gut funktionierende und unverzichtbare Arbeit wird so in ihrer Existenz bedroht. Trotz bestehender Beschlüsse, ausfallende Landesmittel nicht durch kommunale Mittel zu kompensieren, wurde deutlich, dass wir hier im Haushalt gegensteuern müssen, denn es wird an Grundfesten grüner Frauenpolitik gerüttelt! Wir haben deshalb Signale gegen diese Entwicklung gesetzt und erhalten damit die Infrastruktur im Bereich der Frauenberatung aufrecht.

- HAIP-Baustein - Erfüllung des Gewaltschutzgesetzes

Das Präventionsprogramm Polizei Sozialarbeit (PPS) wird vom Land zum Ende des

Jahres aufgelöst. Dadurch entfällt ein wichtiger Baustein in der Umsetzung des Gewaltschutzgesetzes. Einrichtungen des Hannoverschen Interventions-Projektes gegen Männergewalt in der Familie (HAIP) haben ein Konzept entwickelt, wie diese Aufgaben durch sie übernommen werden kann.

- **Notruf für vergewaltigte Mädchen und Frauen e.V.:**

Der Mittelansatz für den "Notruf" wird erhöht, um die Präventionsarbeit im Bereich sexueller Gewalt gegen Frauen mit Behinderungen sicherzustellen und die sozialpädagogische Prozessbegleitung für jugendliche Mädchen zu intensivieren.

Bauen und Verkehr

Auf Grüne Initiative hin werden gute Markierungen in den Haushalt eingebracht. Wichtig ist die Ausweitung des **Wettbewerbs am Raschplatz**. Wir möchten hier mit mehr Phantasie herangehen und die umliegenden Flächen bis zum Weißekreuzplatz stärker miteinander verbinden und aufwerten.

Am Kronsberg sollen die nördlich der Feldbuschwende brachliegenden Reserveflächen für das Wohnen aktiviert werden. Wir wollen Familien im Stadtgebiet halten und anwerben. Dafür stellen wir am **Kronsberg** weitere Flächen für **Einfamilienhäuser** zur Verfügung. Der bestehende Bebauungsplan ist dafür zu ändern. Vorgabe wird sein, dass die Häuser weitgehend im Passivhausstandard gebaut werden.

An der verkehrlich extrem belasteten **Friedrich-Ebert-Straße** soll für die AnwohnerInnen eine Verbesserung durch **Umgestaltung** erfolgen: Fortsetzung der im südlichen Abschnitt vorhandenen Platanenallee und der AnliegerInnenfahrbahnen bis zur Kaisergabel. Es wird Zeit, dass wir für die hier wohnenden Menschen etwas tun.

Weitere Akzente im Haushalt im Bereich Bauen + Verkehr:

- Fortsetzung **Quartiersmanagement** und nachhaltige Stadtteilarbeit mit zusätzlichen Mitteln
- **100.000 €** Anschubfinanzierung für **Stadtteilstiftungen** nach dem Modell Vahrenwald/Sahlkamp
- Fortsetzung Stadtplatzprogramm mit zusätzlichen Mitteln , u. a. für den Umbau des Kreisel westlich Bertha-von-Suttner-Platz in der Südstadt nach den Planungen des Verkehrsforums
- **100.000 €** zusätzlich für den Ausbau von **Radwegen** einschließlich weiterer Routen
- **20.000 €** für **Fahrradabstellanlagen** anstatt für Autostellplätze
- Zur **Gegenfinanzierung** dienen Einnahmen aus **Grundstücksverkäufen am Kronsberg** und teilweise die eingeplanten, allerdings noch nicht benötigten Gelder für den Neubau des ZOB.

Sport

Für das von den Grünen seit langem geforderte Projekt **„Fan-Village“**, werden im Haushalt 2006 **70.000 Euro** reserviert. Die Initiative des Fan-Projekts Hannover für den Bau eines rund neuen Treffpunkts für die Fans hinter der Nordtribüne der Arena erhält damit eine neue Chance auf Realisation.

Der alljährliche Streit mit der Verwaltung um die **energetische Sportstättenanierung** ging in eine neue Runde. Der gestrichene Ansatz von **50.000 Euro** im Vermögenshaushalt, wurde durch rot/grün wieder eingesetzt. Hannover 78 wird im Jahr 2006 **40.000 Euro** für die dringend benötigte Erneuerung seines **Kunstrasenplatzes** erhalten.

Umwelt und Energie

Schwerpunkte sind die Programmfortsetzung zur „Ökologischen **Aufwertung von Schulhöfen**, Spielplätzen und Grünflächen sowie die **Förderung der Artenvielfalt**.

Für das Programm **Ökologische Aufwertung** werden samt noch vorhandener Haushaltsreste aus 2005 insgesamt **250.000** für 2006 bereitgestellt. Die Verwaltung hatte dagegen für 2006 keine neuen Mittel einsetzen wollen.

35.000 werden eingesetzt, um die in Hannover vorhandene, für eine Stadt relativ hohe **Vielfalt an Pflanzen und Tieren** zu sichern und zu fördern, z. B. über Maßnahmen zur Vernetzung der durch Bebauung und Straßen voneinander abgeschnittenen Lebensräume.

Ein Haushaltsbegleitantrag zum Thema **Holzheizungen** soll deren Einsatz in städtischen Liegenschaften unterstützen, wenn bestehende Anlagen ersetzt werden müssen.

Bündnis 90/Die Grünen
im Rat der LH Hannover

Senior-Blumenberg-Gang 1
30159 Hannover